

"Europa: verkannt und unverstanden" in Le Soir (4. Juni 1992)

Legende: In einem Kommentar zum negativen Ergebnis der dänischen Volksabstimmung über den Maastrichtvertrag untersucht die belgische Tageszeitung Le Soir am 4. Juni 1992 die Gründe für die Ablehnung und fordert die Fortsetzung des europäischen Integrationsprozesses.

Quelle: Le Soir. 04.06.1992, n° 130; 106e année. Bruxelles. "L'Europe incomprise", auteur:Riche, André , p. 2.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/europa_verkannt_und_unverstanden_in_le_soir_4_juni_1992-de-89973093-ae4b-4b0a-8e4b-d5698a9f4dc8.html

Publication date: 05/07/2016



Europa: verkannt und unverstanden

Vor einigen Wochen wurde Europa von einem Erdbeben in der Gegend um Maastricht erschüttert. Dienstagabend erschütterte diesmal eine Druckwelle aus Kopenhagen die gesamte Gemeinschaft. Unglaublich, diese Dänen! Sie haben ganz Europa die gründliche Lektion erteilt, dass es sich zu bescheiden hat.

Diese plötzliche Ablehnung durch Dänemark muss allen europäischen Föderalisten wie ein Albtraum vorkommen. Trotz widersprüchlicher Umfrageergebnisse während der letzten Wochen wollte niemand an das Schlimmste denken. Heute müssen die Regierungen der Zwölf der Realität ins Auge sehen: 50,7 % der dänischen Wähler haben Maastricht nicht zugestimmt bzw. haben nicht erfasst, was dabei auf dem Spiel steht.

Soll man deshalb aber die Dänen verurteilen, weil sie etwa nichts von Europa verstanden haben? Nein. Wenn die dänischen Wähler nicht verstanden haben, dann nicht, weil sie es nicht versucht hätten: Die von der Regierung aufgelegten 500 000 Exemplare des Vertrags haben sehr wohl ihre Abnehmer gefunden. Und die Vorstellung der Dänen von einer aktiven Teilnahme an der Demokratie und einem sozialen Gemeinwohl steht unserer in nichts nach. Wenn die Tragweite der Abstimmung nicht erfasst wurde, dann eher deshalb, weil Europa immer weniger fassbar wird. Die Maastricht-Gegner in Dänemark wurden nicht müde, die seelenlose Technokratie anzugreifen, die sich immer mehr in das tagtägliche Leben der Bürger Europas einmischt, ohne dass diese die Notwendigkeit dazu erkennen. Im letzten Jahr versuchte die Kommission, in der Frage der französischen Camembertsorten regulierend einzugreifen. Dieses Beispiel scheint nur eine Anekdote zu sein, zeigt aber hervorragend die Kluft zwischen der Brüsseler Bürokratie und unseren Regionen und nationalen Traditionen.

Aber es ist natürlich einfacher, eine vereinfachte Darstellung von Brüssel zu verdammen als die Gemeinschaft in ihrer vollen Ausgewogenheit darzustellen. Die europäischen Staatsoberhäupter und die gesellschaftlichen Kräfte werden sich ernsthaft um Klarheit und eine Vereinfachung der Institutionen bemühen müssen, damit das, was Europa letztendlich anstrebt, in der Bevölkerung auf aktive Zustimmung stößt. Dies betrifft auch Belgien. Das dänische Referendum reflektiert auch eine kontinentaleuropäische Gefühlslage, wie sie in Abstimmungen in mehreren Staaten bereits zum Ausdruck gekommen war: Furcht vor dem „Fremden“ angesichts des bevorstehenden Wegfalls der Grenzen, Misstrauen gegenüber einer politischen Kaste, Auftauchen innovativer ökologischer Wertvorstellungen. In den Umweltschutzbewegungen, in Dänemark ebenso wie in den anderen skandinavischen Staaten, bestehen nämlich die stärksten Vorbehalte gegenüber der Europäischen Gemeinschaft, der unterstellt wird, dass sie bestehende soziale Errungenschaften und erreichte Umweltstandards nach unten nivellieren will.

Aber das dänische „Nein“ darf weder dazu führen, dass wir auf Maastricht verzichten, noch uns dazu verleiten, einige Einzelpunkte neu zu verhandeln und dabei Gefahr zu laufen, Abstriche bei den Ansprüchen zu machen. Es ist erfreulich, bei den ersten offiziellen Stellungnahmen der Elf festzustellen, dass sie entschlossen scheinen, den Blick unbeirrt nach vorne zu richten. Denn trotz seiner ganz außerordentlichen Komplexität ist der Maastricht Vertrag darauf angelegt, gewisse Mängel zu korrigieren, die ihm die Dänen vorwerfen. So versucht der Vertrag beispielsweise, den vagen Begriff der „Unionsbürgerschaft“ mit Inhalt zu füllen durch Aussagen über das Wahlrecht, den Verbraucherschutz, das Petitionsrecht, den Europäischen Bürgerbeauftragten, den Ausschuss der Regionen, den Dialog der Sozialpartner etc.

Mit Inkrafttreten des Maastricht-Vertrags im Jahr 1993 müssten außerdem Politiken weniger wirtschaftspolitischer oder technokratischer Art entstehen in Bereichen wie Gesundheit, Bildung und Erziehung, Verbraucherschutz etc. Diese Themen bezeichnete man früher als „personenbezogen“. All dies wird sehr wahrscheinlich nicht ausreichen, um den originären demokratischen „Formfehler“ des europäischen Aufbauwerkes zu korrigieren: Die Gemeinschaft bleibt zu abstrakt und die Identifikation mit Europa zu schwach. Demokratisch ist die Gemeinschaft nur auf institutionellen Ebene, in der Bevölkerung ist sie nicht verwurzelt. Das erklärt, warum ein Referendum zu für europäische Föderalisten enttäuschenden Ergebnissen führen kann.

Trotz aller Mängel bleibt das weitere Bemühen um ein integriertes Europa – vorerst innerhalb der zwölf Mitgliedstaaten, später auf dem gesamten europäischen Kontinent – zur Zeit die einzig überzeugende Alternative zu entfesselten Nationalismen, deren verheerende Auswirkungen wir jeden Tag vor unserer Haustür beobachten können. Maastricht ist zwar nicht vollkommen, aber unverzichtbar.

André Riche